

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

9.3.1928 (No. 59)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Karlsruher Anzeiger. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Arbeitsniederlegung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Vergütung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das Zentrum zur Reichsreform

Für einen Föderativstaat aus lebensfähigen Ländern
Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt am Donnerstag im Reichstagsgebäude zu Berlin eine Sitzung ab. Den größten Teil des einleitenden Referates von Stegerwald nahm die Erörterung des Problems Reich und Länder ein. Der Parteivorstand genehmigte die von einem Ausschuss aufgestellten Grundlinien, die das Problem unter dem Gesichtspunkt der föderativen Grundeinstellung der Zentrumspartei behandelt. Zur Vorbereitung des Wahlauftrages wurde eine Kommission eingesetzt. Der Aufruf soll am 18. April dem Reichsparteiausschuss des Zentrums vorgelegt werden. Die endgültigen Wahlpläne sollen bis zum 11. April fertiggestellt sein. Ein Parteitag findet vor den Wahlen nicht mehr statt.

Die Richtlinien zu dem Problem Reich und Länder sprechen sich für eine Änderung des derzeitigen Verhältnisses von Reich und Ländern aus, die auf dem Wege organischer Fortentwicklung erfolgen müsse. Gewalttätige gesetzgeberische Eingriffe seien abzulehnen. Entsprechend dem Programm der Zentrumspartei erstrebe die Partei die Herbeiführung eines echten Föderativstaates, der auf wirklich lebensfähigen Ländern aufgebaut sei. Ein schematischer Einheitsstaat werde, wie jede zentralisierte Verwaltung eine Verleuerung herbeiführen. Die Richtlinien befassen sich dann mit dem Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich und erklären eine Wiederherstellung der alten preussischen Hegemonie für unmöglich, ebenso eine verschleierte Rückkehr zur alten Hegemoniestellung Preußens durch seine Verreichlichung. Länder, die zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben dauernd unfähig sind, könnten nicht grundsätzlich aufrechterhalten werden. Dagegen müßten an sich lebensfähige Länder zur Erfüllung ihrer eigenstaatlichen und gesamtdeutschen Aufgaben erhalten bleiben. Diese Forderung müsse um so mehr betont werden, als die Erhaltung der Kulturzentren in den verschiedenen Ländern außerhalb Berlins ein wesentlicher Aktivposten der geistigen und kulturellen Geltung Deutschlands sei. Eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden müsse mit größtmöglicher Beschleunigung erfolgen, um dann eine endgültige Steuerreform bzw. Gesamtfinanzgebarung mit verantwortlicher finanzieller Eigenwirtschaft aller Beteiligten aufzubauen. Die gesamten vorgenannten Fragen müßten in größter Lokalität zwischen Reich und Ländern gelöst werden. Insbesondere seien Versuche, auf dem Wege der Verfassungsänderung die Hoheitsrechte der Länder zu beschränken, abzulehnen.

W.B.V. Berlin, 9. März. (Tel.) Der Parteivorstand des Zentrums setzte heute im Reichstagsgebäude seine Beratungen fort.

Für Auflösung der Familienfideikommissionen

Die demokratische Fraktion im preussischen Landtag beantragt eine Entschliebung, die auf beschleunigte Auflösung der Familienfideikommissionen hinwirkt. Es wird gefordert, daß ein bestimmter Endtermin für die Durchführung der Auflösung festgesetzt und die Umwandlung der Familienfideikommissionen in Stiftungen, die praktisch auf eine Umgehung des Auflösungsgesetzes hinauskommen kann, verhindert wird. Vor allem aber wird verlangt, daß die Gläubiger der Fideikommissionen angemessener geschützt werden, zum mindesten dadurch, daß dem Besitzer ein freier und damit dem Zugriff der Gläubiger unterliegender Anteil schon vor der Auflösung gewährt wird. Zur Zeit bestehen in Preußen noch 980 Familienfideikommissionen mit einem Gesamtvermögen von 1.700.000 Hektar, die noch auf Jahrzehnte durch ein Sonderrecht als Latifundien erhalten bleiben.

Die kommunale Sammelanleihe

Wie der Berliner „Börsenkurier“ mitteilt, werden von den Berliner zuständigen Stellen Vorbereitungen für die Aufnahme einer Sammelanleihe von etwa 600 Millionen Reichsmark getroffen, die für die Gemeinden bestimmt ist. Die Vorbereitungen befinden sich noch in den Anfangsstadien. Aber es verlautet bereits, daß der Kredit in Amerika in Anspruch genommen werden soll.

Schon zu Beginn der Beratungen über diese Anleihe zeigten sich übrigens große Schwierigkeiten, da die gegenfälligen Ansichten über die Anleihepolitik hierbei besonders stark auseinanderstießen. Es wird dem Blatte mitgeteilt, daß der Kredit den Gemeinden nicht ohne das Zugeständnis einer gewissen Kontrolle über die Finanzwirtschaft der Gemeinden gegeben werden soll. Wie diese Kontrolle sich auswirken und wer sie ausüben soll, steht noch absolut nicht fest.

Die Ablehnung des englisch-ägyptischen Vertrages.

Bei einer inxford gehaltenen Rede erklärte der englische Innenminister über die Ablehnung des englisch-ägyptischen Vertragsentwurfes, daß die ägyptische Regierung damit eine große Torheit begangen und ihre Unfähigkeit, die tatsächliche Lage zu beurteilen, erwiesen habe. Die ägyptische Regierung dürfe nicht erwarten, daß die gegenwärtige Regierung oder irgendwelche Nachfolgerin mehr als der Vertragsentwurf bereits entfaltete, anbieten würde. — Nach englischen Blättermeldungen scheint die Lage in Ägypten bedrohlich zu sein. Es besteht die Möglichkeit der Bildung eines Ministeriums unter Tensif Nassim Pascha, der bereits früher einmal Premierminister war.

Die Grafschaftswahlen in London. Nach den letzten vorliegenden Ergebnissen für die Grafschaftswahlen in der Grafschaft London erhielten die Konservativen 46, die Arbeiterpartei 28 und die Liberalen 6 Sitze.

Letzte Nachrichten

Die Aussichten des Notprogramms

M. Berlin, 9. März. (Priv.-Tel.) Im Reichstag erscheinen die Aussichten für das Notprogramm erheblich gebessert. Eine Reihe wichtiger Vorlagen, so über das Gefrierfleisch und die Einfuhrzölle sind gestern vom Reichsrat angenommen worden und gehen nunmehr an das Parlament. Nur über die Kredite der Länderbanken wird die Vorlage erst nächste Woche im Reichsrat fertiggestellt werden. Auch die Verordnung über die Versorgung der Kleinrentner liegt dem Reichsrat vor. Die einzigen Schwierigkeiten, die noch bestehen, dürften sich auf Personalfragen, die hauptsächlich das Reichsministerium des Innern betreffen, beziehen, da jetzt das Zentrum wieder auf seinen ursprünglichen Standpunkt zurückkehrte und eine Neubestellung ablehnt, nachdem die Deutsche Volkspartei erklärt hat, daß sie eine Neubestellung vor den Wahlen nicht für richtig erachte. Auch in der bisher strittigen Frage über die Verteilung der Gelder für die Landwirtschaft dürfte eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß die preussische Zentralgenossenschaftsliste und die entsprechenden Einrichtungen in den andern Ländern herangezogen werden.

Die Tschechoslowakei und Ungarn

M. Berlin, 9. März. (Priv.-Tel.) Gewisse politische und wirtschaftliche Bestrebungen der Tschechoslowakei verdienen einige Aufmerksamkeit. So hat man sich in Prag nach Pariser Behauptungen bereit erklärt, Ungarn einige Gebietssteile, die im Trianon-Vertrag an die Tschechoslowakei gefallen sind, zurückzugeben, wenn Ungarn dafür in eine Zollunion einwilligt. Damit wäre natürlich auch die Kleine Entente erbittet, die ja im wesentlichen gerade gegründet wurde, um ihren Mitgliedern die Ungarn entzogenen Gebiete zu garantieren. In Budapest verhält man sich sehr zurückhaltend, vor allem, weil die Kleine Entente noch besteht und ein Militärbündnis gegen Ungarn darstellt, und weil ferner das Gebietsangebot nicht ausreichen genug ist. In Paris wird übrigens behauptet, daß Deutschland auch den österreichischen Bundeskanzler Seipel wieder nach Prag eingeladen habe, um gleichfalls über eine Zollunion zu verhandeln.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland

M. Berlin, 9. März. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, befinden sich die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland im Stadium der Kommissionsberatung. Es sind drei Kommissionen gebildet worden, eine nationale für die Entwicklung des Handelsverkehrs, eine für Rechtsfragen und die wichtigste zur Durchberatung des Wirtschaftsvertrages und des Niederlassungsrechts. Diese hat inzwischen Unterkommissionen gebildet. Die Vollversammlung wird erst nach Abschluß der Kommissionsarbeiten wieder zusammentreten.

Die Aufwertung der Lebensversicherungen

M. Berlin, 9. März. (Priv.-Tel.) Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat an die Lebensversicherungsgesellschaften und ihre Treuhänder in Beantwortung von Anfragen über die Aufwertung von Ansprüchen aus Lebensversicherungsverträgen ein Rundschreiben ergehen lassen, in dem er sucht wird, Anfragen nicht allgemein zu beantworten oder im formellen Bescheiden abzutun, sondern auch, wenn möglich mit Vorbehalt, die mutmaßliche Aufwertungsquote in gewissen Maßnahmen anzugeben. Auch soll, soweit es sich aus den Anfragen ergibt, auf den bestimmten Fall des Antragers eingegangen und nach Möglichkeit allen billigen Wünschen des Versicherenden entgegengekommen werden. Das gilt auch für Anträge der Versicherungsnehmer auf Verwendung des Aufwertungsanteils für eine neue höhere Versicherung.

Rentenbankkreditanstalt und Preuzenkasse

Von dem Notprogramm der Reichsregierung ist die Novelle zu dem Gesetz über die Rentenbankkreditanstalt noch sehr umstritten. Es handelt sich bei dieser Novelle bekanntlich darum, daß der Geschäftskreis der Rentenbankkreditanstalt durch die Zulassung kurzfristiger Personalkredite erweitert werden soll. Die preussische Regierung, die in der Novelle eine Aktion gegen die Preuzenkasse erblickt, wird gegen die Novelle stimmen. Aber auch noch einige andere Staaten, darunter auch Bayern, werden, wie die „Wost. Ztg.“ wissen will, der Novelle die Zustimmung verweigern. Das Blatt hält daher die Ablehnung der Novelle im Reichsrat für wahrscheinlich, was, wie das Blatt weiter ausführt, nicht ohne Einfluß auf das Schicksal dieser Vorlage und damit des ganzen Notprogrammes wäre, da dieses ja als einheitliches Ganzes behandelt werden soll. Der „Dtsch. Allg. Ztg.“ zufolge sind Einigungsbestrebungen in dieser Frage im Gange.

Das Kriegsschädenschlußgesetz. In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses für die Entschädigungsfragen wurde die erste Lesung des Kriegsschädenschlußgesetzes beendet.

Wirtschaftliche Umschau

Die Rede des Reichswirtschaftsministers am Dienstag im Reichstag zeigte wieder, daß wir dringend eine einheitliche Wirtschafts- und Handelsvertragspolitik brauchen; steht sie doch vor der sicher schweren Aufgabe, nicht nur unserer industriellen, sondern auch unserer landwirtschaftlichen Produktion wichtige Grundlagen zu schaffen. Schon im Vorjahre wurde bei Erklärungen des deutschnationalen Reichsernährungsministers Schiele und des volksparteilichen Reichswirtschaftsministers Curtius der hier bestehende Gegensatz offen kund. Nachdem Dr. Curtius auf die unbefriedigenden Handelsvertragsverhältnisse mit verschiedenen Ländern eingegangen war, kam er, wie schon einmal in der Vorwoche, zu prinzipiellen Auseinandersetzungen mit seinem, den Hochschutzzollgedanken vertretenden Gegenspieler. Dr. Curtius sprach für ein liberales Wirtschaftsprogramm und wendete sich gegen den von der anderen Seite vertretenen, mit der Haltung der deutschnationalen Vertreter auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz vereinbarten Protektionismus und das neuerliche Verlangen, Einfuhrverbote für landwirtschaftliche Produkte zu erlassen. Eine solche Politik sei praktisch nicht durchführbar, da auf deutsche Einfuhrverbote für Agrarprodukte Einfuhrverbote des Auslands für unsere Industrieerzeugnisse folgen würden, und es überhaupt nicht mehr möglich wäre, zum Abschluß von Handelsverträgen zu kommen. Er erinnerte daran, daß auch Helfferich die Unmöglichkeit erkannt habe, im Industriestaat eine Agrarpolitik zu treiben, die der Landwirtschaft mit Maßnahmen helfen wolle, welche die Industrie zugrunde richteten. Der Minister betonte vor allem die Notwendigkeit der Selbsthilfe für die Landwirtschaft, die durch entsprechende Anpassung ihrer Produktionsmethoden erlernen müsse, den Absatz ihrer Produkte zu verbessern.

Die unbefriedigenden Handelsvertragsverhältnisse mit verschiedenen Staaten gab der Minister zu und stellte die Kündigung des Handelsvertrages mit dem immer mehr hochschutzzöllnerische Neigungen zeigenden England in Aussicht. Mit Italien, das bekanntlich auf alle mögliche Weise die deutsche Einfuhr bekämpft, und den bestehenden Handelsvertrag so praktisch annulliert, sind Verhandlungen im Gange, ebenso mit Rußland, um zu einer besseren Regelung des deutschen Warenabfahes dorthin zu gelangen. Mit Polen bestehen die Hauptschwierigkeiten wegen der Einfuhr polnischer Agrarprodukte, mit der Tschechoslowakei außerdem noch wegen der in deutschem Besitz befindlichen Vorkriegsanleihen. Bekanntlich sollen demnächst Handelsvertragsverhandlungen mit Litauen beginnen, bei denen wohl ähnliche Schwierigkeiten wie bei den polnischen und tschechischen sich einstellen werden, wie sie übrigens auch die Einleitung von Verhandlungen mit Ungarn und Österreich hemmen.

Das halbamtliche Institut für Konjunkturforschung stellt in seinem letzten Bericht über die Konjunktur Ende Februar fest, daß in den letzten Jahren trotz aller Belastungen unserer Wirtschaft, erhebliche Kapitalreserven geschaffen worden sind, „die dem Wirtschaftskörper eine erhöhte Festigkeit verleihen“. Gleichzeitig wird ausgeführt, daß das Maximum der von Mitte des Vorjahres ab konstatierten Hochspannung überschritten, die Konjunktur also im Abstieg, die Beschäftigung wesentlich, nicht allein durch jahreszeitliche Einflüsse zurückgegangen ist, Spannungen verschiedener Art in der Hauptsache unverändert andauern. Diese Schwierigkeiten lassen natürlich die Bildung von Kapitalreserven sehr wünschenswert erscheinen, ist doch damit ein entscheidendes Fortschreiten der Kapitalbildung im Inland festgestellt, die unsere Abhängigkeit vom Ausland verringert und unsere Zahlungsbilanz verbessert.

Nach einer Schätzung der Reichskreditgesellschaft hat die deutsche Wirtschaft 1927 einen Kapitalzuwachs von über 7 1/2 Milliarden zu verzeichnen, wobei es sich natürlich nicht um reine Geldwerte handelt, und dazu kommen noch fast 4 1/2 Milliarden Auslandsgelder. Die Sparguthaben sind Ende 1927 auf 4,6 Milliarden, die Bankguthaben auf 8,6 Milliarden bereits Ende Oktober aufgelaufen. Annähernd 4 Milliarden Reichsmark sind 1927 zu inländischen Anleihen und Aktienemissionen verwendet worden, das übrige des Kapitalzuwachses des vergangenen Jahres, fast die gleiche Summe zu Inhaberkonten aller Art, u. a. zur Vermehrung von Lager-

vorräten ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarkts. Daß außerdem nahezu 4 1/2 Milliarden Reichsmark vom Ausland hereinkommen, zeigt die Größe des Kapitalbedarfs der deutschen Wirtschaft.

Daß der deutsche Kapitalzuwachs zu einem erheblichen Teil nicht dem Anleihe- und Aktienmarkt zugeflossen ist, sondern in den Unternehmungen selbst zu Investitionen verwendet wurde, ist auch in den Schwierigkeiten begründet, auf dem offenen Markt Kapital zu bekommen. Andererseits ist aber dadurch die Knappheit auf dem Kapitalmarkt verschärft worden, weil die Ersparnisse dieser Unternehmungen ihm fehlten. Wo nicht zuviel des Guten an Investitionen aus eigener Tasche geschieht, ist das gar nicht bedenklich, denn es wurde lediglich ein Umweg über den Kapitalmarkt vermieden. Freilich wird kritisiert, daß die Abschreibungen vieler Unternehmungen recht reichlich erscheinen, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß die Fortschritte der Technik und der Zwang zur Rationalisierung vielfach stärkere Abschreibungen als die üblichen 10 Proz. der Vorkriegszeit für Maschinen verlangen. Die Bildung neuer Kapitalreserven wird ja auch vom Institut für Konjunkturforschung angesichts der Fortdauer der Spannungen der Wirtschaft und der augenblicklich besonders labilen Situation als erfreulich bezeichnet. Übermäßige Reserven auf Vorrat, die heute freilich nur in Ausnahmefällen möglich sein werden, gehen praktisch sowohl auf Kosten der Dividenden und der Aktienbesitzer, wie der in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, verleiten außerdem zu unrationellen Investitionen, verengen den Kapitalmarkt und erhöhen auch das Preisniveau. Bei den Debatten über die Selbstkostenfrage wird aus Wirtschaftskreisen aber dauernd betont, daß das Gewicht der öffentlichen Lasten nicht nur die Produktion verteuere, sondern gerade auch durch Schmälerung des Reingewinns die Kapitalbildung erschwere. Diese Klagen, die sich der letzte Bericht der Diskontogesellschaft besonders zu eigen macht, sind sicher nicht gegenstandslos, mindestens zeigen sie uns angesichts der Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung die Verschiedenartigkeit der Lage der deutschen Produktionszweige.

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse, auf der über 9000 reichsdeutsche Ausstellerrfirmen (aus Baden 240) neben rund 1000 ausländischen Ausstellern, vertreten sind, ist, wie es auch den Wirtschaftserfordernissen Deutschlands entspricht, in erster Linie auf den Export eingestellt. Die Messe faßt sozusagen die gesamte Fertigungsindustrie des deutschen Wirtschaftsgebietes zusammen, sie ist vor allem Ausstellungsmesse für den Verkauf nach dem Ausland. Die Berichte sind sich darin einig, daß die die Messe besuchenden Ausländer, deren Zahl auf 30 000 geschätzt wird, sehr günstige Eindrücke empfangen haben, namentlich von der großartig aufgebauten Technischen Messe und der Textilmesse, die besonders repräsentativ wirkt. Stark auf den Auslandsabsatz eingestellt sind natürlich von den badischen Industrien die Porzellan-Industrie und die Uhrenindustrie.

Es ist dringend zu wünschen, daß die gute Beurteilung der Exportaussichten zutrifft. Die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Ausfuhr zu kämpfen hat, sind bekannt. Mancherlei hat freilich die deutsche Produktion nach an Selbsthilfe zu leisten. Das zeigt uns schon die auf manchen Gebieten sehr starke Einfuhr aus dem Ausland, die unserer Industrie auch weiter im Inland wirkungsvolle Konkurrenz macht. Hoffentlich sind die Ursachen der Klagen nun behoben, daß manche deutsche Fabrikate, wie Schreibmaschinen, Motorräder, Autos, auch Flugzeugmotoren, den Anforderungen nicht so entsprechen, wie manche gleichartige Erzeugnisse des Auslands, vor allem amerikanische. Es handelt sich hier um eine Materialfrage, nämlich um die stärksten beanspruchten Teile dieser Maschinen. Es mußte hier bei manchen Spezialteilen noch ein gewisser Vorrat eingeholt werden, der vom Ausland in den für uns so schweren Jahren der ersten Nachkriegszeit gewonnen worden ist. Manche Klage dieser Art, die man noch vor nicht allzulanger Zeit immer wieder aus deutschen Verbraucherkreisen hörte, mußte geradezu niederdrückend wirken, denn stärkster Export und die Fähigkeit, auch allen Ansprüchen im Inland zu genügen, sind lebenswichtige Forderungen, nicht nur für unsere Fertigungsindustrie, sondern für unsere gesamte Volkswirtschaft.

Die Genfer Ratstagung

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit dem alten Streit zwischen Rumänien und Ungarn über die Optantenfrage, und zwar vormittags und nachmittags in öffentlicher Sitzung. Im Anschluß an die Nachmittagsitzung fand eine Geheimkunft statt, um in Abwesenheit von Titulescu darüber zu beraten, welcher Weg nach den absolut gegensätzlichen Erklärungen der beiden Parteien zur Beilegung des Streites beschritten werden soll. Ein Ausweg wurde nicht gefunden, so daß die Weiterberatung auf heute vormittag vertagt werden mußte.

Der Wiedereintritt Spaniens und Brasiliens in den Völkerbund ist, wie jetzt gemeldet wird, noch nicht erfolgt. Anlässlich des feierlichen Appells des Völkerbundsrates gibt man in den Völkerbundskreisen der Meinung Ausdruck, daß Spanien schon jetzt bereit sei, der Aufforderung des Rates Folge zu leisten. Anders liege der Fall bei Brasilien, dessen Absichten man nicht kenne. Ferner wird davon gesprochen, daß bei Verwirklichung der Initiative des Ratspräsidenten eine ähnliche Aufforderung wie an Spanien und Brasilien auch an Costa Rica gerichtet werden soll, dessen Mitgliedschaft bereits seit zwei Jahren erloschen ist.

Deutscher Reichstag

BRB, Berlin, 8. März.

Die zweite Beratung des Verkehrssetz

wird fortgesetzt.

Abg. Giesberts (Zentr.) bezeichnet es als falsche Sparsamkeit, wenn beim Ausbau der Verkehrsmittel gespart werde. Gerade auf diesem Gebiete wären alle Ausgaben eine durchaus produktive Anlage. Eine Ermäßigung der Gütertarife werde nur möglich sein, wenn bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur die Einnahmen der Reichsbahn sich steigern. Die für den Ausbau des Rheinnebes bereitgestellten Mittel seien lächerlich gering. Vor allem sei ein Ausbau des Eisenbahnnetzes nötig im östlichen und westlichen Grenzgebiet. Der Reichstag müsse einmal grundsätzlich die Frage entscheiden, ob neue Kanäle gebaut werden sollen, die begonnenen Kanalbauten aber möglichst schnell vollendet werden. Der Redner beantragt, für die Vorbereitung des Danzsa-Kanals und des Aachen-Rheinlanals Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Er fragt, wie es mit den neuen Rheinbrückenprojekten bei Speyer, Mannheim und Maxau stehe. Dieses Wert dürfe nicht durch Kleinliche Streitigkeiten der Länder verzögert werden.

Abg. Dr. Wielandt (Dem.): Die in der Luft liegende Tarifierhöhung der Reichsbahn würde verhängnisvoll für die Wirtschaft sein. Die Reichsregierung müsse dafür sorgen, daß die Reichsbahn auf dem Anleihewege Mittel für die dringenden Beschaffungen erhalte. Die Verzögerung des Baues der Wassertrassen infolge der Sparmaßnahmen sei höchst unwirtschaftlich. Über den Mittelstand sei seitens der Reichsregierung keine Verständigung zwischen Reich und Preußen erzielt worden. Bei neuen Projekten müsse ernstlich geprüft werden, ob der Schienen- oder Wasserweg billiger ist. Der Reichspartei müsse das gesamte Kraftfahrwesen auf seine Vereinheitlichung nachprüfen.

Abg. Dr. Quaaß (Deutschn.) wendet sich gegen die geistige Bemerkung des Abg. Dr. Mittelmann gegen den Verkehrsminister, daß mit dem Amt nicht das nötige Wissen übertragen worden sei und daß deswegen seit dem Ausscheiden des Ministers Dr. Krohne das Verkehrsministerium in der Schätzung verloren habe. Was die wissenschaftliche Bedeutung betrifft, so hat der jetzige Verkehrsminister den Ehren doktorhut einer Universität erhalten. Es ist manchmal recht gut, wenn der Minister kein Fachmann ist.

Abg. Giesberts (Komm.) nennt den Minister den Subventionsminister, von dem die kapitalistischen Unternehmungen sagen könnten: „In seinen Augen hat er so was Gutes.“

Abg. Mollath (B. Vgl.): Es habe sich gezeigt, daß die finanzielle Lage der Reichsbahn nicht so rosig ist, wie die Öffentlichkeit vielfach annimmt. Vor einer Tarifierhöhung müsse jedoch dringend gewarnt werden, denn schon die kleinste Steigerung des Gütertarifs würde eine Preiserhöhung der Lebensmittel zur Folge haben. Wenn die Nationalisierung zu Preiserhöhungen führt, dann pfeifen wir darauf. Das private Transportgewerbe darf nicht durch die Konkurrenz der staatlich unterhaltenen Gesellschaften erdrückt werden.

Abg. Bauer (Bayr. Vp.) fordert einen Ausbau der bayerischen Bahnlagen. Die Eisenbahn sollten beibehalten werden, als zweite Klasse der kleinen Leute. Wenn Kanalbau möglich ist, so soll der Kanalbau nicht so rasig sein, wie die Öffentlichkeit vielfach annimmt. Vor einer Tarifierhöhung müsse jedoch dringend gewarnt werden, denn schon die kleinste Steigerung des Gütertarifs würde eine Preiserhöhung der Lebensmittel zur Folge haben. Wenn die Nationalisierung zu Preiserhöhungen führt, dann pfeifen wir darauf.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.): Die übrigen Parteien hätten der Dampferung der Reichsbahn zugestimmt. Als die 750 000 deutschen Eisenbahner der Forderung der Franzosen ausgeliefert wurden, haben die Gewerkschaften nicht einen Finger gerührt. Als aber Mathenau erschossen wurde, haben sie wegen dieses einen toten Juden den Generalstreik proklamiert (Beih. Entlastungsstudien). Auf: Unerschämter Flegel! — Präsident Löwe ruft den Redner zweimal zur Ordnung und bittet, solche beschimpfenden Äußerungen nicht zu wiederholen.

Abg. Mittelmann (D. Vp.) erwidert dem Abg. Dr. Quaaß, er habe bei seinen Äußerungen gegen den Reichsverkehrsminister nur für seine Person gesprochen. Sehr interessant war mir die Bemerkung des Abg. Dr. Quaaß, daß es weniger auf die Schulbildung ankomme als auf die Schule des Lebens. Ich erinnere daran, wie die Deutschnationalen über den Sattlergehilfen Ebert und den Schlosser Seewering hergefallen sind. (Beih. Zustimmung links.)

Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärt, die Beteiligungen des Reiches an Kraftverkehrsunternehmen seien vor seiner Amtsübernahme beschlossen worden.

Um 17 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 14 Uhr vertagt.

Der Reichstag

genehmigte am Donnerstag u. a. den Gesetzentwurf über ein deutsch-schweizerisches Abkommen betreffend die Arbeitslosenversicherung der Grenzgebiete, ferner eine Verordnung, wonach auch für 1928 der Mindestsatz desjenigen, was aus der Hauszinssteuer für Wohnungszwecke verwendet werden soll, auf 15 bis 20 Proz. festgesetzt wird. Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf, über Schusswaffen und Munition, der ein einheitliches Reichsrecht, anstelle der bisherigen verschiedenen Bestimmungen in den Ländern schafft. Man hofft von dem Entwurf auch eine Einschränkung der Kriminalität. Zum Besitz einer Waffe bedarf es u. a. eines behördlich ausgestellten Waffenscheines. Der Reichstag genehmigte weiterhin die Ausführungsbestimmungen zum Befoldungsgefeß. Angenommen wurden im Rahmen des Notprogramms eine Novelle zum Zolltarif, wonach für die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch Einfuhrschemen verteilt werden und ein Gefeh, wonach die jährliche Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches auf 50 000 Tonnen herabgesetzt wird. Der Reichstag erklärte sich ferner damit einverstanden, daß die Geltungsdauer des Gesetzes zur Regelung des Verkehrs mit Milch um ein Jahr verlängert wird.

Die Bauernvereine zu den Wahlen

Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine erklärt eine Kundgebung, in der es heißt: Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine ist parteipolitisch neutral und hat grundsätzlich ihren Einfluß durch die bestehenden, der Landwirtschaft nahestehenden politischen Parteien ausgeübt. Nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage hält die Vereinigung auch jetzt an diesem Standpunkt unerschütterlich fest. Das gilt insbesondere gegenüber den neu auftretenden Bestrebungen, die Landwirtschaft in besonderen politischen Bauernparteien zusammenzufassen. Eigene Bauernparteien schwächen den Einfluß des Bauernstandes. Die Gründung solcher Bauernparteien ist besonders dann auf das schärfste zu verurteilen, wenn sie von Parteien aus partei politischen Gründen unter Hintansetzung der Einigkeit und Geslossenheit des Bauernstandes nur deshalb erfolgt, weil man sich davon eine Stärkung der eigenen Partei auf Kosten anderer der Landwirtschaft nahestehender Parteien verspricht.

Die Lage in der Berliner Metallindustrie hat insofern eine Verschärfung erfahren, als eine Funktionärskonferenz die Herausziehung der Werkzeugmacher aus allen Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen beschlossen hat.

Große Unterschlagungen bei der Saarbrücker französischen Bergwerksdirektion. Bei der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken ist man großen Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Ein französischer Angestellter, der auch die Buchhaltung unter sich hatte, hat Geldbeträge, die er auf das Bankkonto legen sollte, für sich behalten, die Zinsen aber regelmäßig bezahlt. Welche Beträge veruntreut worden sind, ist nicht genau festzustellen. Man spricht von 320 000 Franken.

Das englische Frauenstimmrecht. Premierminister Baldwin teilte in einer Rede vor einer Frauenversammlung in London mit, der Gesetzentwurf, der den Frauen das Stimmrecht unter den gleichen Bedingungen wie für Männer gewähre, werde am Montag im Unterhaus eingebracht werden. Die zweite Lesung des Gesetzes solle noch vor Ostern stattfinden. Sofern nicht aus irgend einem Grunde bereits in einigen Monaten Neuwahlen stattfinden müßten, würden die in Betracht kommenden Frauen an den nächsten allgemeinen Wahlen teilnehmen können.

Kurze Nachrichten

Der König von Afghanistan hat am Donnerstag die Krupp'schen Werke in Essen besichtigt. Abends ist das Königspaar nach Aachen abgereist.

Steuerhinterziehungen bei der Verwaltung des Prinzen Friedrich v. Hohenzollern? Das „B. L.“ berichtet aus Sigmaringen: Die Steuerbehörde hat große Steuerhinterziehungen und Verschleierungen bei der Verwaltung des Prinzen Friedrich v. Hohenzollern, im Zusammenhang mit Holzgesellschaften entdeckt. Die Finanzbehörde hat die Akten beschlagnahmt. Der Prinz, der zur Zeit in Freiburg ist, ist nach Sigmaringen zurückberufen worden.

Die Schweiz und die Todesstrafe. Der schweizerische Nationalrat lehnte mit 144 gegen 31 Stimmen die Aufnahme der Todesstrafe in das neue schweizerische Strafgesetzbuch ab.

Die kommunistische Partei Sowjetrusslands. Nach den Angaben des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion betrug die Mitgliederzahl am 1. Oktober 1927 1 120 000, davon 630 000 Arbeiter, 262 000 Bauern, 213 000 Angestellte und 24 000 anderen Berufen angehörend.

Nadel wieder verhaftet? Die Meldung, daß der russische Kommunist Karl Nadel, bei einem Versuch, sich ins Ausland zu flüchten, in Smolensk wieder verhaftet wurde, wird in Warschau als vollkommen glaubwürdig betrachtet.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

legte am Donnerstag die Beratung beim Etat für Wissenschaft und Künste fort.

Beim Vorschlag des Landesmuseums erinnerte ein sozialdemokratischer Redner an die großen Kunstschatze, die sich noch in fürstlichen Besitz befinden. Der Staat müsse höhere Summen zur Erwerbung solcher Sammlungsgegenstände bewilligen, damit sie nicht in Privat Hände übergingen. Ein Posten von 7500 RM ist bei den Landesammlungen der Naturkunde für Vogelzucht eingelegt. Es wurde von Zentrumsseite der Wunsch ausgesprochen, daß aus dieser Summe auch private Vogelzucht bedacht werden mögen. Die Postämter sollten angewiesen werden, bei Ausübung der Bedürfnisse des Vogelzuchters im Auge zu behalten. — Ein kommunistischer Antrag, der kirchliche und frühgeschichtliche Denkmäler vom Staat nicht geschützt wissen will, wurde abgelehnt.

Beim Titel „Chemisch-Technische Prüfungs- und Versuchsanstalt Karlsruhe“ wurde hervorgehoben, daß die staatliche Lebensmitteluntersuchungsanstalt z. B. außerordentlich Vieles leistet. Die Milchfälschungen seien gegen früher bedeutend zurückgegangen.

Im Laufe der Debatte wurde von allen Seiten dem Wunsch Ausdruck gegeben, die wertvolle Korrespondenz von Hans Thoma und persönliche Andenken, die der Künstler hinterlassen habe, für die Stadt Karlsruhe zu sichern.

Bei der Besprechung des Landestheaters in Karlsruhe betonte der Berichterstatter, daß das Theater als Kulturstätte eine hohe Aufgabe zu erfüllen habe. Der badische Staat habe nicht nur das Theater, sondern auch die Domänen übernommen. Er müsse daher neben der Aufnahme auch die Lasten übernehmen. Das Defizit stellt sich auf 34 000 RM und ist hälftig vom Etat und der Stadt Karlsruhe zu tragen. Die Stadt Karlsruhe will etwa 45 000 RM mehr übernehmen. Wie der Minister ausführt, ist für Altersversorgung der Künstler eine Summe von 216 000 RM eingelegt. Ein Redner des Zentrums wünscht genaue Nachprüfung des Voranschlags mit dem Ziele, wenn irgend möglich, Einsparungen zu machen. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, auch dem Freiburger Theater eine Beihilfe zu gewähren. Denn auch diese Kunststätte habe eine bedeutende Kulturaufgabe im badischen Oberland zu lösen.

In der Nachmittagsitzung wurde die Theaterdebatte fortgesetzt. Ein Redner der Deutschen Volkspartei glaubt, daß die Einnahmen des Theaters sich nicht erhöhen lassen würden. Das Kino bedeute eine starke Konkurrenz. Seine Partei wolle das Landestheater erhalten, wünsche jedoch die Festsetzung eines bestimmten Zuschusses, der nicht überschritten werden dürfe. Redner der Deutschnationalen, der Demokraten und des Zentrums stimmten den Anforderungen des Landestheaters als Kulturstätte zu. Die Regierung gab die Erklärung ab, daß mit Rücksicht auf die Tarifhöhe die Festsetzung eines bestimmten Zuschusses nicht möglich sei.

Des weiteren wurde beraten über die Landesmusikschule, die Kunstgewerbeschule in Pforzheim und über die Landessternwarte in Heidelberg. Eine Summe von 30 000 RM wurde im außerordentlichen Etat zur Unterstützung notleidender Künstler und für Anläufe von Bildern zur Ausschmückung staatlicher Arbeitsräume eingelegt. Eine Eingabe der badischen Künstlerkammer suchte um eine Erhöhung dieser Postition nach. Leider macht die Finanznot es unmöglich, diesem Wunsche zu entsprechen. Für Instandsetzungsarbeiten am Freiburger Münster wurden weitere 20 000 RM bewilligt. Heute beginnt die Beratung des Justizsetz.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf betr. Änderung des Landtagswahlgesetzes.

Der Berichterstatter, Dr. Volkhard erwähnte, daß die Volksrechtspartei nicht nur die vorgesehene Änderung wolle, sie halte auch die Bildung von 22 Wahlkreisen verfassungsrechtlich nicht für zulässig und habe darum den Staatsgerichtshof angerufen. Es sei empfehlenswert, die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zu verschieben, bis der Staatsgerichtshof endgültig entschieden habe. Redner aller Parteien gaben ihr Einverständnis, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abgewartet werden solle.

Zur Beratung kam dann der Entwurf eines Gesetzes, über die Umwandlung der abgeordneten Gemarckt Brunnbach in eine Gemeinde. Dem Antrag des Berichterstatters entsprechend, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Besichtigung der Erziehungsanstalt Schwarzerhof

Dieser Tage fand eine Besichtigung der Erziehungsanstalt Schwarzerhof durch den Reichspfleger des Landtags unter Führung des Justizministers Trunt und des Referenten Ministerialrat Umhauer statt. Etwa 25 Abgeordnete hatten sich eingefunden. Nach einleitenden Worten des Direktors Geig erfolgte ein Rundgang durch sämtliche Räume der Anstalt. Besonders Interesse fand der neue Werkstättenbau. Die modernen, geräumigen und praktisch eingerichteten Betriebe fanden allgemeine Anerkennung. Nach der Besichtigung wurde den Gästen ein Vortrag über „Die Entwicklung der Berufsbildung in der Anstalt“ gehalten.

Der Pullmanzug durch Baden

Wie schon mitgeteilt, erscheinen im neuen Fahrplan ab Mai 1928 die Pullmanzüge Holland-Rhein-Baden-Schweiz, die über Mannheim-Karlsruhe gefahren werden. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung und weiteren Anziehung des Grenzverkehrs auf deutschen Linien, als Wettbewerb zu den westlichen Strecken des Auslandes. Dazu ist nötig, daß sie sehr schnell gefahren werden. Infolgedessen haben die Züge auch ganz wenig Halte erhalten können. Sie fahren zum Beispiel von Köln bis Mainz durch. In Baden halten sie an in Mannheim, Karlsruhe, Baden-Dos und Freiburg. Ein Halt in Offenburg zur Bedienung der Schwarzwaldbahn und ihres Gebietes ist nicht möglich gewesen. Letzte Tage passierte nun ein Pullmanverfuchsszug aus Emmrich die badische Hauptstrecke. Der Zug fuhr neben den vorgeschriebenen Pödwagen einige nach neuester Konstruktion erbaute Salon- und Schlafwagen der Mitropa, auch einige riesige Mehrwagen für Oberbaukonstruktion. Bei dem Veruchsszug handelt es sich um eine Ausprobe, ob der Oberbau den schweren Zügen auf die weiten Entfernungen gewachsen ist.

Über den neuen Personenzugfahrplan wird weiter-mitgeteilt, daß eine große Anzahl schnellfahrender Züge noch erheblich beschleunigt und auf vielen Strecken die Vorkriegs-fahrzeiten wieder erreicht werden. Das hat zu einer vollständigen Neubearbeitung des Fahrplans und zur Verlegung mancher Züge im Anschlußverkehr geführt. Aus den vielen Neuerungen seien erwähnt:

Bei D 93 München-Bruchsal-Frankfurt (Main) wird das Stütztag in Heidelberg von bisher 65 auf 41 Minuten verkürzt und die Gesamtfahrzeit München-Frankfurt (Main) von 9 Stunden 35 Minuten auf 8 Stunden 40 Minuten verringert (München ab 22.05, Frankfurt an 6.45).

D 47/147 Paris-Saarbrücken-Randau-Rudwigsbafen (Hh)-Frankfurt (Main) schließt in Randau an D 120 Köln-Ilm (München) unmittelbar an und vermittelt eine günstige Verbindung von Metz und dem Saargebiet nach Südbayern.

Der FD-Zug 12 Berlin-Stuttgart verkehrt vom 15. Mai bis 6. Oktober 1928 und trifft in Stuttgart schon um 17.42 ein und erreicht dadurch noch den Anschluß an D 81/E 219 nach Ulm-Friedrichshafen, Stuttgart ab 17.47, so daß sich dadurch im Sommer eine Tagesverbindung von Berlin nach Friedrichshafen, Eimringen und durch D 277 auch nach Freudenstadt, Rottweil, Tuttlingen ergibt.

D 276 von Dortmund über die Ruhr-Sieg-Bahn wird von Frankfurt (Main) über Mannheim-Schwellingen geleitet und verkehrt nur bis Karlsruhe. Er findet hier Fortsetzung durch den künftig dreifachläufigen Zug D 164 Holland-Schweiz. Die Verbindung mit Heidelberg wird durch einen Flügelzug Friedrichsfeld-Heidelberg aufrechterhalten. D 276 ändert in Karlsruhe Anschluß an D 17 nach Stuttgart.

Elz Zug 100 Frankfurt (Main)-Karlsruhe wird ganzjährig bis Freiburg durchgeföhrt nach folgendem Plane: Frankfurt (Main) ab 19.20, Heidelberg an 21.06, Freiburg an 0.40.

Zur Verbesserung der Verbindung von Berlin-Magdeburg-Kassel nach Süddeutschland und der Schweiz werden die Züge D 180/179 Berlin-Frankfurt (Main) in der Zeit vom 1. Juli bis 10. September nach und von Basel mit 15 und 33 Minuten Beschleunigung durchgeföhrt.

In der Zeit vom 15. Mai bis 6. Oktober 1928 verkehren die Züge FD 6/5 zwischen Berlin und Basel SBB beschleunigt. In der übrigen Zeit des Jahres werden die Züge nur zwischen Berlin und Heidelberg geföhren und zwischen Heidelberg und Basel mit D 164/163 in deren Fahrplänen vereinigt.

Murgtalbahnkonferenz in Freudenstadt

Am Donnerstag nachmittag fand in dem Rathaus in Freudenstadt eine Besprechung von Vertretern württembergischer und badischer Murgtalgemeinden mit Vertretern der Stadt-gemeinde Freudenstadt über die Vorarbeiten anlässlich der Inbetriebnahme der Murgtalbahn statt. Auch der Verkehrsverein Karlsruhe war vertreten. Es handelte sich um die Werbearbeiten für den Fremdenverkehr im Murgtal, die Fahrpläne, sowie um die Eröffnungsfeierlichkeiten. Die Inbetriebnahme der Murgtalbahn scheint sich leider um einige Wochen hinauszuziehen. Man spricht nunmehr vom 1. oder 15. August. Damit wäre eine Ausnützung der neuen Bahn für die jetzige Saison wesentlich beeinträchtigt. Das Ergebnis der Konferenz war die Einsetzung eines Fünferausschusses, der die Werbearbeiten, die Festlegung des Fahrplanes, sowie die Eröffnungsfeierlichkeiten vorzubereiten hat. Was die letzteren anbetrifft, so wurde vorgeschlagen, am Vorabend der Eröffnung ein Bankett in Rastatt abzuhalten, am anderen Tag den ersten Eisenbahnzug auf der neuen Strecke von Rastatt abzulassen, in Freudenstadt soll dann ein Festessen stattfinden.

Die Weiterführung des Freiburger Stadttheaters gesichert. Der Stadtrat Freiburg will mit einem Abstrich am Theateretat von 600 000 M auf 400 000 M die Freiburger Bühne erhalten. Es soll nicht nur am Künstlerpersonal gespart werden, auch von den Beamten und Bühnenarbeitern werden verschiedene Abgebaut werden; außerdem wird der Zuschuß für dekorative Aufwendungen, der ohnehin knapp ist, geschnitten. Da erfahrungsgemäß dennoch diese vom Stadtrat angegebenen Summen etwas optimistisch angesetzt sind, wird es bis zur Entscheidung durch den Bürgerausschuß noch manchen Kampf abgeben, jedoch wird man das Theater halten.

Handelshochschule Mannheim

Der Lehrkörper der Handelshochschule Mannheim setzt sich zusammen aus zehn ordentlichen Professoren, zwei für Betriebswirtschaftslehre, zwei für Volkswirtschaftslehre, zwei für Rechtslehre, einem für Warenkunde und Chemie, einem für Philosophie, Psychologie und Pädagogik, einem für Sprachen, einem hauptamtlich beauftragten Dozent für Betriebswirtschaftslehre, vier Privatdozenten, vierzig nebenamtlichen Dozenten, neun Assistenten und zwei Lektoren. Das Sommersemester beginnt am 2. Mai.

Betrüger mit finnischen 100-Marknoten

In einer Wirtschaft in Pforzheim hat kürzlich ein vermutlich internationaler Betrüger seine Beute mit einem echten finnischen 100-Marknotein bezahlt, wobei er durch Vorlage einer gefälschten Kursnotierung aus einer Zeitung angab, der Schein habe 105,53 Reichsmark Wert. Der Gauner hatte aber in der Zeitung das Komma entprechend versetzt, denn der Schein hat nur 10,553 Reichsmark Wert. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor dem Schwindler.

Der Gemeinderat Bühl hat Herrn Hundertmark aus Mengen unter 170 Wörtern die Stelle als Dirigent der Stadtkapelle übertragen.

Aus der Landeshauptstadt

Gesellschaft für deutsche Volkstanz (Schillerheim deutscher Katholiken) e. V. Am 7. März fand in Karlsruhe eine außerordentliche Versammlung des Vereins Schillerheim deutscher Katholiken statt. Auf derselben wurde die Umänderung des Vereins in die Gesellschaft für deutsche Volkstanz beschlossen und der Plan der Gründer gebilligt, die Gesellschaft auszubauen und ihre Verbreitung im ganzen deutschen Sprachgebiet zum Ziel zu setzen. Aufgabekreis der Gesellschaft ist die Zusammenfassung aller kulturfreundlichen Volkstanzvereine zur Schaffung eines deutschen Volkstanzfonds, der von der Gesellschaft zur Unterstützung und Schaffung von wichtigen Werken im Sinne überlieferungstreuer deutscher Kultur planmäßig verwendet werden soll. Die Schaffung des Schillerheims in Marbach bleibt das erste Ziel der Gesellschaft. Anfragen von Interessenten an: Gesellschaft für deutsche Volkstanz (Schillerheim d. K.) e. V., Karlsruhe, Postfach 66.

Vortrag Fred Marion. Der hier bereits bekannte Vortragende hielt letzten Mittwoch im Eintrachtsaal wiederum einen interessanten Experimentabend über das aktuelle Thema „Denken“ ab. Als Einleitung gab der Redner zunächst Erklärungen von Hypnose, Telepathie und Hellsehen. Ferner erläuterte er die Begriffe Konzentration, Parapsychologie und Psychometrie. — Er betonte, daß Gedanken jeder Art Energien seien, welche das Bestreben haben, sich in Wirklichkeit umzusetzen. — Außerdem sprach Marion nochmals über Therese Neumann in ähnlichem Sinne, wie im letzten Vortrag im November vorigen Jahres. — Im zweiten Teile des Abends beantwortete der Redner zunächst einige schriftliche Anfragen. Dann folgten etliche Experimente, die wegen der Unruhe des Publikums teils nicht voll gelangen. — Außer einigen psychographischen Experimenten, bei der Abend weiter nicht viel Neues, gegenüber dem letzten Vortrage. — Die Veranstaltung war mäßig besucht.

Künstlertage mit Modeschau bei Herrn. Tieg. Wie schon durch Inzerat mitgeteilt, veranstalteten die Karlsruher Mitglieder der „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger“ zugunsten ihrer Wohlfahrtskassen zusammen mit der Firma Herrn. Tieg am 14., 15. und 16. d. M. einen „Künstlertag“ mit Modeschau. Vor Jahresfrist wurden derartige Veranstaltungen erstmals ins Leben gerufen durch das Berliner Präsidium der Bühnengenossenschaft, das mit den Zentralen der großen Kaufhäuser dahingehende Abmachungen traf, die dann in allen größeren Städten zur Ausführung kamen. Ziel der Veranstaltung ist es, die durch die Inflation und ihre Folgen stark geschädigten, ja nahezu ruinierten Wohlfahrtskassen der Bühnenkünstler neue Mittel zuzuföhren. In dankenswerter Weise hat auch diesmal die Firma Herrn. Tieg die ganze Finanzierung der Veranstaltung übernommen. Sie trägt alle entstehenden Kosten und überweist den gesamten Bruttoertrag dem genannten Zweck. Das künstlerische Programm, das an den einzelnen Tagen wechselte, ist äußerst bunt und mannigfaltig zusammengestellt aus Gesang, Tanz und Vorträgen. Auch fehlt es nicht an originellen und aktuellen Überraschungen, die eigens für den Künstlertag einstudiert sind. Die Leitung hat Hans Blum. Neben den künstlerischen Darbietungen werden zahlreiche Mannquise die neuesten Modeschöpfungen der Firma Herrn. Tieg vorführen. Der raffiniert ausgestattete Raum der Veranstaltung ist diesmal die luftige und übersichtliche I. Etage des Hauses.

Verurteilungsverhandlung im Hellscherprozess. Das Oberlandesgericht Karlsruhe beschäftigte sich gestern als Berufungsinstanz mit der Klage der Gebrüder Seiler in Ottenheim, die vom Amtsgericht Lahr auf Grund des sog. Gauleisparagrafen zu je 100 M Geldstrafe oder je 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden waren. Der Prozess hatte seinerzeit großes Interesse erweckt. Das Oberlandesgericht Karlsruhe fällt folgendes Urteil: Das Urteil des Amtsgerichts Lahr vom 28. November 1927 sowie die Strafverfügung des Bezirksamtes Lahr vom 2. Februar 1927 werden aufgehoben. Das Verfahren wegen Gaulei wird unter Vorbehalt der Möglichkeit eines Verfahrens wegen Betrugs eingestellt. Die Staatskasse hat die Kosten zu tragen.

Blühlicher Tod. Ein Schlaganfall bereitete dem arbeitsreichen Leben des Virochefs der Badenia A.-G., Joseph Ellenbaß, gestern abend ein jähes Ende, während er Kunden bediente. Erst vor wenigen Tagen feierte er seinen 50. Geburtstag. Vor seinem Eintritt in die Badenia war Herr Ellenbaß Direktor beim Schwabenberlag in Stuttgart.

Betrügerischer Chinese. Gestern wurde hier ein Mitglied der chinesischen Gauleiorganisation festgenommen, deren Angehörige in ganz Deutschland durch Betrügereien verüben, daß sie im Kaufhandel „echte“ chinesische Porzellanwaren vertreiben, welche in Wirklichkeit in Deutschland hergestellt sind. Der festgenommene hat in Durlach mit solchen Waren gehandelt.

Badisches Landestheater. Als volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen gelangt Samstag, 10. März, Bigets beliebte Oper „Carmen“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Josef Krips. Sonntag, den 11. März, nachmittags 15 Uhr 5. Vorstellung der Sondernie für Auswärtige, „Samson und Dalila“, Oper in drei Akten von Saint-Saens. Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz. In Szene gesetzt von Otto Krauß. Als Abendvorstellung gelangt Sonntag, den 11. März, „Der Affenschnitt“ zum zweiten Male zur Aufführung. Musikalische Leitung: Joseph Keilberth. Szenische Leitung: Robert Lebert. Die Vorstellung beginnt um 19 1/2 Uhr. Montag, den 12. März Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana“ und hierauf „Der Bajazzo“, Musikdrama von Leoncavallo. Beide von Otto Krauß in Szene gesetzt werden von Rudolf Schwarz musikalisch geleitet. Freitag, den 16. März „La Traviata“, Oper in vier Akten von Verdi unter der musikalischen Leitung von Joseph Keilberth. Szenische Leitung: Dr. Hermann Buderewinnig. Als nächste Neuenstudierung der Oper befindet sich „Der Valentin“ von Richard Strauß in Vorbereitung und gelangt Sonntag, den 18. März erstmalig neuinszeniert zur Aufführung. — Richard Dehmelt (1863-1920), der große Lyriker, errang sich erst mit dem Drama „Menschenfreunde“, das 1917 in Berlin uraufgeführt wurde, Geltung auch als Bühnendichter. Eugen Kasper wird am Dienstag, den 13. März, mit eigenem Ensemble das interessante Werk zur hiesigen Erstaufführung bringen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die von Skandinavien her südwärts aufströmende Kaltluft verursachte schon heute früh in Nord- und Mitteldeutschland verbreitete Schneefälle (norddeutsche Tiefebene bis 6 Zentimeter). Bei der augenblicklichen Druckverteilung mit Hochdruck in Skandinavien, Tiefdruck im Mittelmeer, wird es voraussichtlich auch in unserem Gebiet bei weiterer leichter Abkühlung zu Schneefällen (auch in tiefen Lagen) kommen. Wettervorhersage für Samstag, 10. März: Rasche Eintrübung mit Abkühlung und Niederschlägen, auch in tieferen Lagen, später als Schnee, nordwestliche Winde.

Der Schieferverein Karlsruhe hielt am 26. Februar im „Advenrachen“ seine 8. Generalversammlung ab. Der Mitgliederstand beträgt 206. Eine ganze Reihe von Mitgliedern sind Badener und sonstige deutsche Stammesangehörige, welche die Ziele des Vereins eifrig fördern helfen. Die Neuwahl ergab einstimmig die Wiederwahl des bisherigen bewährten Gesamtvorstandes. 1. Vorsitzender ist Oberpostsekretär Krauwitsche.

Kurze Nachrichten aus Baden

D 8. Pforzheim, 8. März. Der Hauptgewinn der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel in die Kollekte von G. Gähringer. Der glückliche Gewinner ist ein verheirateter Lehrer in der Nähe von Pforzheim, der das ganze Los spielte. Der Glückspilz hatte schon längere Zeit gespielt, war aber stets nur mit dem Einsatz herausgelommen. Er erfuhr die Glückbotschaft, als er gestern nachmittag am Schaufenster von Gähringer stand. Da fiel sein Blick auf die Schiefertafel, auf der die Nachricht von dem großen Los stand und auf seine Nummer. Er erhält 400 000 M ausbezahlt. 20 Proz. des Gewinnes zieht der Staat ab.

D 8. Friedrichshafen, 9. März. Die erste Probefahrt des neuen Zeppelin wird wahrscheinlich schon am 20. Mai stattfinden, die, ebenso wie die Werkstättenfahrten über dem Bodensee erfolgen soll. Anfangs Juni wird dann die große Deutschlandfahrt stattfinden, wobei Dr. Edener und die Navigationsoffiziere den Verlauf der Fahrt durch einen Sender schildern, so daß die Radiohörer ein feltames Erlebnis haben werden. Mitte Juli soll dann der erste Ozeanflug des Luftschiffes erfolgen, der wieder nach Lachurk gehen wird.

Handel und Wirtschaft

Berliner Tevisennotierungen

	9. März		8. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.18	168.52	168.13	168.47
Kopenhagen 100 Kr.	111.98	112.20	111.92	112.14
Italien 100 L.	22.10	22.14	22.085	22.125
London 1 Pf.	20.396	20.436	20.385	20.425
New York 1 D.	4.1805	4.1885	4.1785	4.1865
Paris 100 Fr.	16.44	16.48	16.435	16.475
Schweiz 100 Fr.	80.455	80.615	80.455	80.615
Wien 100 Schilling	58.86	58.98	58.835	58.955
Prag 100 Kr.	12.388	12.408	12.383	12.403

Jahresabschluss der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank erzielte 1927 eine Jahreseinnahme nach Abzug der Ausgaben von 129,12 Millionen Reichsmark (Vorjahr 124,53) und einen Reingewinn von 23,58 (24,94). Der Aufsichtsrat schlägt vor, wieder 10 Proz. Dividende zu verteilen, an die Reserve 2,2 Millionen Reichsmark (4,08) zu überweisen, das Di agio auf das Prozentige Dollarbarleihen mit 3,22 Millionen Reichsmark abzuschreiben, auf den Grundbesitz eine besondere Abschreibung von 1,50 Millionen Reichsmark vorzunehmen und 1,91 Millionen Reichsmark (1,94) vorzutragen.

Landesgewerbebank für Südwestdeutschland A.-G. in Karlsruhe (vormals Badische Landesgewerbebank A.-G.). In der Bilanzierung des Aufsichtsrates konnte wiederum ein befriedigendes Jahresergebnis festgestellt werden. Der Jahresumsatz stieg auf 1,287 Milliarden (1,080 Milliarden im Vorjahr), die Bilanzsumme auf 28 731 000 M (18 418 000). Aus dem Überschuß, der nach erfolgten Abschreibungen und Rückstellungen mit 182 749 M ausgewiesen wird, soll wie im Vorjahre eine Dividende von 8 Proz. zur Verteilung gelangen. Die Generalversammlung ist auf 24. März 1928 einberufen. Die im Vorjahr beschlossene Kapitalerhöhung um 1 1/2 Millionen Reichsmark auf 2 1/2 Millionen Reichsmark wurde programmäßig durch Einzahlung von 25 Proz. nebst 10 Proz. Agio durchgeführt. Auf 1. Juli d. J. soll die Vollzahlung des Aktienkapitals erfolgen. Die Bank hat beschlossen, sich als Zentral-kasse der badischen und mittelrheinischen Kreditgenossenschaften in Zukunft im wesentlichen auf das Genossenschaftsgeschäft zu beschränken. Das nichtgenossenschaftliche Geschäft wird auf die neugegründete Südwestdeutsche Bank A.-G. in Frankfurt a. M. übertragen. Diese Bank ist mit 1 000 000 M voll eingezahltes Aktienkapital gegründet, wovon die Landesgewerbebank selbst die Hälfte und die mit ihr verbündeten Versicherungsgesellschaften die andere Hälfte übernommen haben.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie im Februar. Über die Lage der Schwarzwälder Uhrenindustrie im Februar wird folgendes berichtet: Die Auffassung über die Lage ist nicht ganz einheitlich. Fabriken, die unmittelbar mit dem Detailhandel arbeiten, erklären, daß der Auftragsseingang im Februar zu wünschen übrig lasse und gegenüber Januar einen Rückgang aufweise. Bei den übrigen Fabriken, die hauptsächlich an den Großhandel absetzen, ist der Auftragsseingang noch befriedigend, wobei hervorzuheben ist, daß besonders die Nachfrage nach billigen Uhren im Vordergrund steht. Gestagt wird allgemein über einen schleppenden Zahlungsseingang. — Der englische Markt scheint im allgemeinen sehr zurückhaltend zu sein. Die Preise für Stapelartikel, insbesondere nach dem Ausland, werden durchweg als ungenügend bezeichnet. Sie liegen teilweise noch unter den Selbstkosten. Eine Besserung verspricht man sich nur durch Ausdehnung der Preisvention auf das gesamte Ausland. Anfänge hierzu sind bereits gemacht worden. Die Fabriken arbeiten zum größten Teil noch mit voller Belegschaft und 48stündiger Arbeitszeit. Lediglich die Hilfsbetriebe melden teilweise Arbeiterentlassungen von allerdings noch nicht bedeutendem Umfang. Die Auswirkung des Konventionsvertrages wird im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet.

Spinnerei und Weberei Offenburg. Für 1927 verbleibt ein Reingewinn von 342 086 M, aus dem 12 Proz. zur Verteilung vorgeschlagen und 57 286 M vorgetragen werden. Das Geschäftsjahr war im großen und ganzen gunstig. Wegen Ende des Jahres trat infolge des deutsch-französischen Handelsvertrages eine wesentliche Verschlechterung der Geschäftslage ein. Es mußten verschiedene Aufträge zu Verluftpreisen hereingenommen werden. Die Aussichten wurden als nicht erfreulich bezeichnet. Im laufenden neuen Jahre soll die Reorganisation der Weberei vorgenommen werden.

Verschiedenes

Retung aus einer sinkenden Föhre

W.D. London, 9. März. (Tel.) Eine schwimmende Brücke, die als Föhre zwischen Southampton und Wootton benutzt wird, stieß gestern nachmittag mit einem Frachtboot zusammen und trieb sinkend den Fluß Tiden hinab. Die 200 Passagiere der Föhre konnten alle gerettet werden. Eine große Zahl von Booten, die mit Werftarbeitern besetzt waren, eilten zur Hilfeleistung herbei. Der letzte Passagier wurde gerade in dem Augenblick von der Föhre übernommen, als diese im Fluße versank.

In der 1. Etage der Firma Hermann Tietz

Mittwoch, Donnerstag und Freitag
14. März 15. März 16. März
nachmittags von 1/4 4 bis 6 Uhr

KÜNSTLERTEE

verbunden mit einer

Modeschau der Firma Hermann Tietz

veranstaltet

von den Mitgliedern der Bühnengenossenschaft
zugunsten ihrer Wohlfahrtskassen

Künstlerische Leitung: Direktor Hans Blum.

Mitwirkende:

Die Damen:

Elisabeth Bertram
Melanie Ermarth
Marie Genter
Paula Möderl

Eva Quaiser
Nelly Rademacher
Hilde Willer
Hermine Ziegler

Else Blank
Steffi Domes
Mali Fanz
Melba v. Hartung
Senta Hermsdorff

Emmy Seiberlich
Jenny Schneider
Magda Strack
Hansi Weiner

Die Herren:

Felix Baumbach
Hermann Brand
Stefan Dahlen
Wilhelm Graf
Fritz Herz
Hugo Höcker
Otto Kienscherf

Alfons Kloebe
Waldemar Leitgeb
Karl Mehner
Paul Müller
Friedrich Prüter
Paul Rud. Schulze
Ulrich v. d. Trenck

Jan van Gorkom a. G.
Karl Laufkötter
Karlheinz Löser
Wilhelm Nentwig
Josef Rühr
Theo Strack

Adolf Vogel
Rudolf Weyrauch
Josef Witt
Herm. Wucherpfennig
Ottomar Voigt
Hans Ochsenkiel

Kilian-Sextett.

Die Damen des Balletts. Leitung: Johanna Sonntag.

Am Flügel: Josef Keilberth jun. und Kurt Stern.

Jazzkapelle der Polizeimusik. Flügel von der Fa. H. Maurer.

Numerierte Einlaßkarten

zum Preise von Mk 3,- (einschl. Tee od. Kaffee mit Kuchen) sind
an der Sammelkasse der Firma HERMANN TIETZ zu haben.

Vorverkauf ab Montag, den 12. März 1928

Zur Blutreinigungskur

genügt nicht irgend ein Abführmittel, das nur die Verdauung stört, aber für die Kur keinen praktischen Wert hat. Wenn Sie erproben wollen, wie wohlbeikömmlich eine richtige Frühjahrs-Blutreinigungskur ist, wie sie den Stoffwechsel belebt, die Nerven stärkt und das Allgemeinbefinden bessert, so machen Sie Chemiker Sybels Hefekur. Preis nur 2 RM. Reines gesundes Blut läßt keinen Rheumatismus aufkommen. Verlangen Sie die kostenlose Broschüre „Ein Weg zur Gesundheit“.

188
Drogerie Tscherning, Ecke Karl- und Amalienstraße;
Engel-Drogerie, Werderplatz 44; Drogerie Vetter,
Zirkel 15.

GALERIE MOOS

Kaiserstraße 187

AUGUST RUMM

138. Sonder-Ausstellung 220

März 1928

Das polizeiliche Meldewesen.

Immer wieder werden die bei der polizeilichen Meldestelle — Gebelstraße Nr. 7b — zu erstattenden An- und Abmeldungen zu- oder wegziehender Personen nicht oder nicht rechtzeitig erstattet. Auch werden vielfach An- und Abmeldungsformulare derart ungenau ausgefüllt, undeutlich geschrieben und unleserlich unterschrieben, daß ihre Richtigkeit und Ergänzung nur mit Weiterungen und Zeitverlust sowohl für die Beteiligten, wie auch für die Beamten der Meldestelle verbunden ist.

Wir machen daher auf die genaue Beachtung der An- und Abmeldepflicht und auf die genaue Ausfüllung der An- und Abmeldeformulare, die auf der polizeilichen Meldestelle sowie auf sämtlichen Polizeistationen unentgeltlich erhältlich sind und vom Melder (Vermieter) sowie dem Gemeldeten (Mieter) mit deutlicher Unterschrift zu versehen sind, aufmerksam.

Karlsruhe, den 8. März 1928. D.-Z. 16
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Straßensperre.

Wegen Umbau der Grömbachbrücke wird der Kreisweg Nr. 17 zwischen Büchenau und Staffort in der Zeit vom 13. März bis 3. April 1928 für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Umgebungsweg: Büchenau — Spödt — Staffort und umgekehrt.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 121 P. Str. G. B. mit Geld bis zu 60 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 7. März 1928. D.-Z. 17
Bad. Bezirksamt — Abt. IV.

Eintracht
Freitag 9. März, 8 Uhr
Öffentlicher Vortrag
Die Novembertage in Spa 1918
von
Generalleutnant a. D. Ernst Kabisch
Numerierte Sitzplatzkarten zum Einheitspreis
von 1 RM im Vorverkauf bei
Kurt Noufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des
Deutschen Musikerverbandes.
Lehreradressen erhältlich in den
Musikalienhandlungen 961

Freihändiger
Nußholz-Verkauf.
Bad. Forstamt Karlsruhe-
Hardt: Forstamtsnußholz 140
fm I., 223 II., 302 III.,
225 IV., 38 IV.

Angebote in ganzen Pro-
zenten der Landesgrund-
preise bis längstens Dien-
stag, den 20. März 1928 er-
beten.
M.707
Rahlfen vom 10. März
ab durch das Forstamt.

Hochbauarbeiten. Die
Blechn- u. Schieferdecker-
arbeiten sowie Tischab-
leistung für den Umbau des
Aufnahmegebäudes in
Mannheim sind nach den
technischen Vorschriften für Bau-
leistungen vom August
1925 und nach der Ver-
bindungsordnung für Bau-
leistungen vom Jahre 1926
öffentlich zu vergeben.
Pläne und Bedingungen
liegen bei der Hochbau-
bahnamtsterei 2 Mann-
heim, Eingang öffentlicher
Sperredurchgang, zur Ein-
sicht auf. Dasselbst Abgabe
der Leistungsverzeichnisse.
Angebote sind verschlossen,
postfrei mit entsprechender
Aufschrift versehen, bis
zum Öffnungstermin
am Dienstag, den 20. März,
16 Uhr, an die unterzeich-
nete Dienststelle einzurei-
chen. Zuschlagsfrist 3 Wo-
chen. Mannheim, den 7.
März 1928. Reichsbahn-
bauamt 2. M.703



Badisches Landestheater

Samstag, 10. März 1928

Vollständige Vorstellung
zu halben Preisen

Carmen

von Bizet

Musikal. Leitung Jos. Krups

Regie: Robert Lebert

Carmen Estrad

Josef Rentwig

Escamillo Rühr

Ricarda Blant

Juniga Dr. Wucherpfennig

Morales Köfer

Dancairo Kainbach

Menenbado Lauffötter

Frascuitta Säuberlich

Lillas Pastia Weiner

Länge von Edith Vielesfeld
einstudiert
Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2,
I. Rang und I. Sperrstüb
3,50 RM
So. 11. März: Vormittags:
Zum 100. Geburtstag von
Denrik Iben: Morgenfeier.
Vortagender: Prof. Dr.
Jaesi. Nachmittags: Samson
und Dalila. Abends: Der
Waffenmeister. Im Konzert-
haus: Zum erstenmal:
Der lebende Tag.

KARDINEN
Stores, Vorhänge
Teppiche
Bettvorlagen
Bett-, Tisch- u. Leibwäsche
Steppdecken
In unseren Abteilungen:
Herren-, Damen-, Kinder-
Konfektion, Sportbekleidung
täglich Eingänge von
Frühjahrs-Neuheiten
1/2 Anzahlung
8 Monatsraten
Beamte, Festangestellte und
alle Kunden ohne jede Anzahlung
Deutsche Bekleidungsgef.
m. b. G.
Kronenstraße 40 Karlsruhe Ecke Marktgrafenstr.

Öffentliche Sparkasse Bretten.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Forderungen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	30 795,50	1. Spareinlagen	2 224 063,17
2. Guthaben bei Girozentrale, Banken und Post-sch.-A.	221 919,08	2. Aufwertungsanlagen	1 867 254,53
3. Wechsel	49 446,28	3. Giro- u. Konto-Corrent-Einlagen	179 265,34
4. Darlehen auf Hypotheken	862 914,47	4. Pfennig-Sparlässe	88,—
5. Darlehen auf laufende Rechnung	11 180 872,50	5. Aufwertungs-fond	157 572,26
6. Darlehen auf Schuldschein an Private	149 752,69	6. Reingewinn für 1927	28 189,59
7. Darlehen auf Schuldschein an Gemeinden	99 383,67	7. Reservefond	144 146,81
8. Wertpapiere	32 560,—		
9. Güterkaufschillinge	16 643,—		
10. Aufwertungsforde-rungen	1 874 136,64		
11. Einnahmerückstände	22 154,87		
12. Verwaltungs- u. sonstige Gebäude	60 000,—		
13. Gerätschaften	1,—		
	4 600 579,70		4 600 579,70

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage aus 4 214 156 RM hat zu 5% zu betragen 210 707,80 RM
Dieselbe beträgt auf 31. 12. 27 172 336,40 „

M.702 somit weniger 38 371,40 RM

Bretten, den 25. Februar 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Schemenau. Raier.

Öffentliche Sparkasse Gerlachsheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	8,97	1. Spareinlagen	147 690,83
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheckamt	6 245,56	2. Giro- und Kontocorrent-einlagen	28 880,98
3. Wertpapiere	4 691,—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	—	4. Anleihen und andere Schulden	3 000,—
5. Darlehen a. Hypotheken	94 422,55	5. Ausgaberrückstände	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	31 796,16	6. Rücklagen: a) gesetzl. Reservefonds	2 113,24
7. Darlehen auf Schuldschein	18 854,42	b) Sonderrücklage	—
8. Darlehen an Gemeinden	—	c) Aufwertungs-fond	—
9. Einnahmerückstände	1 513,32	7. Reingewinn vom Jahre 1927	1 182,37
10. Grundstücke u. Gebäude	268,65		
11. Gerätschaften	25 016,79		
12. Aufwertungs-fondbetrag	182 817,42		
	182 817,42		182 817,42

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 101 575,67 RM Einlagen (ohne Aufw.) 5 078,78 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 3 245,61 „

somit weniger 1 833,17 RM
Gerlachsheim, den 8. März 1928. M.696

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Melbert, Bürgermeister. Günther.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Druck G. Braun, Karlsruhe